Abendausgabe

Nr. 405 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 200

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 — 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
27. August 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 — 297

Flaggenstreit und Bürgerblock.

Die geschundenen Richtlinien. — Oldenburg-Januschau will Reichstagsauflösung.

Seit Wochen tobt nun die deutschnationale Presse gegen Schwarzrotgold. Der Erlaß Geßlers und der Hotelkampf geben ihr Anlaß, ihrer ungezügelten Wut gegen die Farben der Republik Ausdruck zu geben. Da kommt plötzlich einem Zentrumsmann der Gedanke, daß es einmal Richtlinien gegeben hat, in denen sich die Deutschnationalen auf Anerkennung und Verteidigung der republikanischen Reichsfarben verpflichtet haben. Dieser Zentrumsmann schreibt nun im „Westdeutschen Volksblatt" einen kurzen aber inhaltreichen Artikel. Er erinnert an die Reichstagsrede des Herrn v. Guérard vom 4. Februar d. J. Damals forderte der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, daß der gehässige Kampf der deutschnationalen Presse gegen die Reichsfarben aufhören müsse, wenn nicht der Zusammenhalt der Regierung gefährdet werden sollte. Der Zentrumsmann im „Westdeutschen Volksblatt" fragt nun, ob diese Rede vom 4. Februar etwa nur „ein fauler Witz" sein sollte. Und er fährt fort:

Was sagen denn die Herren von der Fraktion zu den unaufhörlichen Beschimpfungen der Reichsfahne? **Was sagt Herr Marx, der Parteivorsitzende, dazu?** Ist man in unsern Spitzen nur hellhörig, wenn Wirth gegen diese Regierung angeht, aber sehr schwerhörig, beinahe taub, wenn die Deutschnationalen auf die Richtlinien pfeifen? Was muß denn noch geschehen, ehe man sich im Zentrum gegen die Verhöhnung der Verfassung und ihrer Symbole zur Wehr setzt und die in der Februarerklärung angekündigten Konsequenzen zieht? Möge man sich doch keiner Täuschung hingeben: **die republikanischen Kreise im Zentrum, die diese Regierung noch zur Not hinnahmen, können nicht viel mehr ertragen; einmal wird das Maß voll sein.** Das Ansehen und Vertrauen der Fraktion muß zugrunde gehen, wenn sie es nicht zustandebringt, die deutschnationale Presse in die Schranken der Richtlinien zu bringen. „Eine andere Einstellung würde den Zusammenhalt der gegenwärtigen Regierung gefährden." **Ihr Herren von der Fraktion** war dies Wort Bluff, dann sagt's! **War es Ernst, dann wird's Zeit, danach zu handeln!**

Zugleich beschäftigt sich die „Germania" mit dem Hotelstreit. Sie weist die lächerlichen und infamen Beschuldigungen, die die Rechtspresse gegen die preußische Regierung und den Berliner Magistrat erhebt, eindeutig zurück. Wenn diese Hotels ihre Freiheit hätten, hätten die Amtspersonen auch ihre Freiheit, nämlich die Freiheit, Häuser zu meiden, die den Reichsfarben die schuldige Achtung verweigerten. Von Terror und Boykott gegen die Hotels zu sprechen, sei deplaciert. Dann fährt das Berliner Zentrumsblatt fort:

Nachdem die Angelegenheit in Fluß gekommen ist, und auch die preußische Regierung zu verstehen gegeben hat, wie sie darüber denkt, wird **auch die Reichsregierung nicht umhin können, dazu Stellung zu nehmen. Wie, kann nicht zweifelhaft sein. Mitglieder der Regierung der Republik können noch weniger wie der Berliner Magistrat in amtlicher Eigenschaft in Häuser gehen, wo man den Farben der Republik nicht die gebührende Reverenz erweist. Ein anderes Verhalten wäre ein Verstoß gegen die Regierungsrichtlinien.**

Während sich so bei einem Teil des Zentrums die Neigung zeigt, aus Anlaß des Flaggenstreits den Bürgerblock auffliegen zu lassen, ist die Lust zu gleichem Tun aus gleichem Anlaß bei einem Teil der Deutschnationalen nicht minder groß. Der „Berliner Lokalanzeiger" läßt sich von Oldenburg-Januschau einen Artikel schreiben, in dem gesagt wird, der Geßlersche Flaggenerlaß müsse auf den Bügerblock „die Wirkung einer unvorhergesehenen Sprengbombe" haben. Die Deutschnationalen könnten nun nicht mehr mitmachen, sie müßten jetzt vielmehr auf Reichstagsauflösung und Neuwahlen hinarbeiten unter der Parole: „Für die Armee und Schwarzweißrot!"

Der Mann, der diese Parole ausgibt, ist derselbe, der vor zwölf Jahren während der englischen Hungerblockade an den damaligen Preußenminister v. Loebell jenen berühmten Brief schrieb, in dem er sagte, er bestelle — aus Aerger über die Regierungsanordnungen — einen Teil seiner Aecker längst nicht mehr, und seine Nachbarn handelten ebenso. Dieser Mann, der im Krieg die Volksernährung in landesverräterischer Weise sabotierte und der die Dreistigkeit besaß, sich in einem Brief an einen aktiven Minister dieser schändlichen Handlungsweise noch zu rühmen, dieser Mann ist in der Tat der würdigste Mitarbeiter des „nationalen" „Lokalanzeigers", der würdigste Fabrikant „nationaler" Wahlparolen!

Als Oldenburg im Reichstag seine Schandtat vorgehalten wurde, riefen deutschnationale Abgeordnete voll Entsetzen, dieser Mann sei gar nicht deutschnational. Am Tag darauf stellte aber Helfferich fest, daß Herr v. Oldenburg „ein angesehenes Mitglied der deutschnationalen Volkspartei" sei. Das ist er in der Tat und damit ist er auch der Bügerblock-Kamerad von Marx u. Co. Und das wird er vermutlich auch bleiben, denn am Bürgerblock hängen starke Interessen der besitzenden Klassen, Interessen, die in den Augen der entscheidenden Blockpolitiker schwerer wiegen als der ganze Flaggenstreit.

Aschinger flaggt Schwarzrotgold.

Aber nur auf dem Zentralgebäude und an Hindenburgs Geburtstag. — Teilerfolg der republikanischen Abwehr.

Aschingers Aktiengesellschaft bittet uns infolge unserer Hinweise auf ihre Führerstellung im Kampf um die Reichsflagge um Veröffentlichung folgender Notiz:

Die Aschinger-Aktiengesellschaft ist in die Flaggenstreitangelegenheit hineingezogen worden, obwohl sie sich stets jeder politischen Stellungnahme — nach welcher Richtung auch immer — unbedingt und konsequent enthalten hat. Die Aschinger-Aktiengesellschaft erklärt ausdrücklich, daß sie selbstverständlich in der Flagge Schwarz-Rot-Gold die Flagge des Deutschen Reichs respektiert und z. B. für den 80. Geburtstag des Herrn Reichspräsidenten bereits dahin disponiert hatte, daß an diesem Tage auf ihrem Zentralbetriebsgebäude, das der Sitz der Generaldirektion der Ascher-Aktiengesellschaft ist, die Flagge des Reichs gehißt wird.

Wir verzeichnen mit Befriedigung den Erfolg unserer Kritik und erkennen an, daß dieser Beschluß der Aschinger-Direktion nicht auf eine grundsätzliche Abneigung dieses Konzerns gegen die Reichsfarben schließen läßt. Das Zentralbetriebsgebäude der Aschinger-A.-G. liegt in der Saarbrücker Straße, im proletarischen Norden. Es gehört wenig Mut dazu, dort die Reichsflagge zu hissen. Wenn aber die Aschinger-Aktien-Gesellschaft es für richtig empfindet, auf ihrem Hauptgebäude und zum Geburtstag des Reichspräsidenten die Reichsfahne aufzuziehen, wie vielmehr hat sie die Verpflichtung, die ihr nahestehenden Hotels inmitten der Stadt und vor den großen Bahnhöfen zu der gleichen Achtung zu veranlassen. Der wiedergegebene Beschluß der Aschinger-A.-G. steht bereits in deutlichem Widerspruch zu der Haltung der Berliner Hotelbesitzer. Wir erwarten, daß die Aschinger-Aktien-Gesellschaft diesen Widerspruch auch dort bekundet. So lange das nicht geschieht, so lange lediglich in versteckten Winkeln des Nordens die Reichsflagge gezeigt wird, wird sich das Urteil der Republikaner an der Haltung der Konzernleitung von Aschinger nicht ändern können.

Rücktritt Robert Cecils.

Wegen der Fortdauer der Rheinlandbesetzung.

London, 27. August. (Eigenbericht.)

Die Agenturmeldung, daß Lord Cecil, welcher am Dienstag den britischen Außenminister nach Genf begleiten sollte, den Ministerpräsidenten um Enthebung von seinem Posten als Kabinettsmitglied und Völkerbundsdelegierter gebeten habe, scheint durchaus glaubwürdig zu sein. Das Rücktrittsgesuch ist als ein Protest gegen die Paris-Londoner Einigung in der Frage der Rheinlandbesatzung zu betrachten. Robert Cecil hat während der ganzen Diskussion darüber den Standpunkt vertreten, daß die französische Auffassung ein Verbrechen am Geiste von Locarno sei und eine Besatzungsarmee überhaupt völlig unnötig geworden sei, da die französische Sicherheit durch den Locarnovertrag und die darin von England übernommenen Pflichten völlig gewährleistet sei. Der „Daily Expreß" hebt hervor, daß Außenminister Chamberlain wie gewöhnlich zu Frankreich stehe; es ergebe sich daher das ungewöhnliche Schauspiel, daß Cecil zurücktrete zum Protest gegen Chamberlain und um Locarno zu retten, für welches Chamberlain die Lorbeeren eingeheimst hat. Da Lord Cecil, dessen dauernde Meinungsverschiedenheiten mit Chamberlain kein Geheimnis sind, in der Vergangenheit bei verschiedenen Gelegenheiten mit dem Rücktritt gedroht hat, so hält man es durchaus für möglich, daß er sich vom Ministerpräsidenten Baldwin überreden lassen wird, sein Rücktrittsgesuch zurückzuziehen. Es wird jedenfalls Druck auf ihn in dieser Richtung ausgeübt werden. Lord Cecils Rücktritt würde das Ministerium Baldwin seines aufrichtigen Völkerbundfreundes sowie des einzigen ernsten Vorkämpfers für die Entwaffnung berauben und daher eine ausgesprochene Stärkung der Reaktion im Ministerium Baldwin, besonders in den außenpolitischen Fragen, bedeuten.

•

Der Inhalt der gestern in Paris überreichten englischen Note ist noch nicht veröffentlicht. Es scheint jedoch festzustehen, daß die Rheinlandbesatzung um 8000 oder 10 000 Mann vermindert werden soll. Die Rücktrittsabsicht Cecils zeigt deutlicher als das Rätselraten über den Noteninhalt, daß die britische Regierung jedenfalls nicht die sofortige Beendigung der Rheinlandbesatzung fordert.

Straßenkämpfe in Cherbourg.

Paris, 27. August. (Eigenbericht.)

In Cherbourg ist es am Freitag im Anschluß an eine von den Gewerkschaften veranstaltete Protestkundgebung gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti zu schweren Zwischenfällen gekommen. Eine zahlreiche Menschenmenge versuchte zum amerikanischen Konsulat vorzudringen, wurde aber von berittener Polizei und Kolonialtruppen daran gehindert. Es kam zu wüsten Straßenkämpfen, im Laufe derer die Manifestanten eine Barrikade errichteten, die von der Kolonialinfanterie erst nach schwerem Kampfe genommen werden konnte. Das in der Nähe befindliche Militärkasino ist völlig verwüstet worden. Die Zahl der verwundeten Polizeibeamten soll sehr groß sein. 15 Manifestanten wurden festgenommen.

Schrei nach dem Religionskrieg.

Konfessionsschule und Bürgerkrieg.

Von August Erdmann.

Der alte Zentrumsführer Gröber hat sowohl bei der zweiten wie bei der dritten Lesung der Reichsverfassung dem Schulkompromiß namens seiner Fraktion die Erklärung mit auf den Weg gegeben, daß er und seine Freunde „in dem Kompromiß ein großes Friedenswerk erblicken, ein Friedenswerk, das überflüssige und gefährliche, erbitternde Kämpfe auf dem Schulgebiete zu vermeiden geeignet ist". Unter den Händen der Nachfolger Gröbers ist aus dem damaligen „großen Friedenswerk" das Gegenteil geworden, und was der alte erfahrene Zentrumspolitiker vermeiden wollte: überflüssige, erbitternde und gefährliche Kämpfe auf dem Schulgebiete, das ist in ungeheuerlicher Weise zur Wirklichkeit geworden. Was würde der alte Gröber sagen, wenn die Schrift „Ueber den bevorstehenden Schulkampf in Deutschland" (Verlag Manz, München-Regensburg) von Universitätsprofessor Dr. Ziesche (Breslau) zu lesen bekäme, auf deren ersten Seiten die Sätze zu lesen sind:

Es ist eine politische Unsittlichkeit, den Artikel 146 der Reichsverfassung zu schonen, der ein Ergebnis von Demagogie, Judentum und Willensschwäche ist . . . Nicht die Gemeinschaftsschule, sondern die christliche Konfessionsschule ist seit jeher und auch heute die tatsächliche Schule des deutschen Volkes. Den Ernst dieser Tatsache . . . kann man dem Gegner nur klar machen, wenn man den Artikel 146 der Reichsverfassung beseitigt und die Konfessionsschule den Tatsachen entsprechend zur gesetzlichen Regelschule macht.

Ziesche empfiehlt „parlamentarischen Fälschungsversuchen gegenüber" die Waffe des Volksentscheides, der mit Beharrlichkeit durchgesetzt werden müsse. Sonst könne man den „Hauptgefahrenpunkt, die unselige Sammelschule, das Gleitbrett zu aller Verschwommenheit und politischer Schultyrannei nicht wirksam bekämpfen". Die Entscheidung liege in der Klarheit darüber, ob „unser Staat die Formung der in der Staatsbevölkerung vorhandenen gesellschaftlichen Kräfte ist, oder ob er der Staat der Aufklärung und der französischen Revolution sein soll". Aber die Klarheit allein helfe nichts, sondern es müsse gekämpft werden.

Den unerbittlichen Anhängern des revolutionären Staatszwanges werden die Anhänger der konfessionellen Freiheiten klar und scharf, offen und rücksichtslos entgegentreten; und sie werden ihnen den Vorrang abgewinnen. Allerdings nur auf dem Wege, daß sie ihnen ihr Dasein in unbequemster politischer Weise rauh und remplerisch bemerkbar machen.

Da können wir ja demnächst recht muntere Sachen erleben. Ziesche ist nämlich Zentrumsmann jener Richtung, die stark zum Völkischen neigt. Die Juden, die Freimaurer, die Welschen, die Westmächte, der Feindbund und derlei „Beweisgründe" sind ihm so geläufig, wie dem wütigsten der Nationalsozialisten, wenn er auch als Katholik und Theologe deren Wotanskult nicht teilt. Proben seiner völkisch, rauh und remplerischer Sitten gibt er er in seiner Schrift als Vorgeschmack dessen, was wir auf der Höhe des Schulkampfes von dem tatendurstigen Professor noch zu erwarten haben, so wenn er, um nur ein Beispiel aufzuführen, die Gegner der konfessionellen Schule „in allen Kinder- und Schulsachen grobe und offene Ignoranten oder ebenso grobe und versteckte Religionsfeinde" nennt.

Ziesche setzt seine Hoffnung auf die Konfessionen beider Richtungen. Die sind nach seiner Meinung „nicht nur geistige und gesellschaftliche Kräfte, sondern dank der gesellschaftsbildenden Kraft der christlichen Ideen, auch politische Mächte", die den politischen Anspruch erheben, selber Volksschulen gründen zu dürfen und bei der staatlichen Formung der Volksschule gehört und berücksichtigt zu werden". Es sei unmöglich, sie mit Güte oder Gewalt von ihren Ansprüchen abzubringen, und wenn man die beiden Richtungen widereinander aufbringen wolle, dann „wird die kirchlich geführte katholische Hälfte auch allein stark genug sein, ihre eigenen konfessionellen Ansprüche auf dem Volksschulgebiete politisch durchzusetzen, und sie wird sich dabei im Notfalle keineswegs auf die parlamentarischen Mittel dazu beschränken". Welcher Art diese außerparlamentarischen Mittel sein sollen, darüber läßt Ziesche sich nicht aus. Zunächst glaubt er, daß es „zwei unbequem deutliche und verständliche Dinge" gebe, die man den gläubigen Leuten sagen müsse: die Kinder gehören den Eltern! und: Eltern, die nicht für das ewige Heil der Kinder sorgen, verlieren ihr eignes! Die volksbewegende Kraft dieser beiden Sätze könne jede freidenkerische und sozialistische Gegenarbeit beiseite schieben. Und was nütze es „deutschen Staatsmännern und Philosophen, die selber nicht an Himmel und Hölle glauben", wenn viele Millionen Deutscher um so fester und hartnäckiger davon überzeugt seien:

Zeigt sich nicht in Deutschland der politische Wille in Gewissensachen immer am stärksten? Haben wir das blutige Lehrgeld des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts ganz umsonst bezahlt? . . . Bei der krankhaften Erregung unserer Zeit erheben die verzweifelten Vorgänge jener Jahrhunderte sich von neuem als bitterste Möglichkeiten

über den Horizont. Sie sind bereits heute mehr als geschichtliche Erinnerungen und Beispiele. Sie sind ernste Warnungen an alle, die die bestehenden konfessionellen Verhältnisse gering schätzen, sie mit kleinen listigen Mitteln umgestalten oder sie politisch vergewaltigen wollen. Das gilt zuallererst von den Volksschulfragen.

So wären wir denn von der rauhen, rempleriſchen Kampfesweise bereits beim Religions- und Bürgerkriege angelangt, und man ist erstaunt, daß der mittelalterlich blutige Professor nicht auch im Hintergrunde den Scheiterhaufen aufleuchten läßt. Auf ein bißchen Tücke gegenüber dem Vaterlande kommt es ihm auch nicht an, denn er läßt nebenher, aber deutlich einfließen, daß „viele Millionen deutscher Menschen sich darüber einig sind, lieber das gemeinsame Staatsleben als die konfessionelle christliche Schule aufzugeben". Man weiß, daß das Renommieren und Bramarbasieren bei den Völkischen als hervorragende Tugend gilt. Man muß also auch dem völkisch gerichteten Zentrumsmanne Ziesche manches zugute halten. Immerhin ist er auch nicht der erste beste. Er ist vor allem Professor der Theologie in Breslau dem Sitz des Erzbischofs Bertram, von dem man sagt, daß er das Zentrum mit Erfolg im Sinne der Rechtspolitik beeinflusse.

Ziesche hat auch ein Buch „Das Königtum Christi in Europa" erscheinen lassen, dem die Schriftleitung der katholischen Monatsschrift „Abendland" (Köln) eine lange wohlwollende Besprechung widmet mit der Anerkennung, daß das Buch „eine der bedeutendsten Neuerscheinungen unserer Tage" sei, während eine andere Kritik es als „geeignet und wichtig genug" bezeichnet, späteren Diskussionen über die christliche Politik zugrunde gelegt zu werden".

So wird man auch die Schrift Ziesches über den Schulkampf nicht leichter Hand als die Leistung eines Einspänners und Außengängers beiseite schieben können. Es ist mindestens ein wertvoller Beitrag zur Kenntnis der Politik, die auf dem rechten Flügel der Zentrumspartei getrieben wird.

Preßfreiheit, wie sie sie auffassen.

Amtliche Monopole für reaktionäre Propaganda?

„Nationalliberale Korrespondenz" und „Tägliche Rundschau" fühlen sich wieder einmal als berufene Hüter bedrohter Freiheit. Was ist geschehen? Ein Blättchen in Oberhessen, das zugleich amtliches Verkündigungsblatt ist, hat eine böswillig herabsetzende Kritik an der preußischen Regierung wegen der Flaggenverordnung gebracht. Um nur die schönste Stelle zu zitieren:

„Daß man sich mit solchen Machenschaften selber ein Armutszeugnis ausstellt, das scheint man im Schoße der hohen preußischen Regierung nicht zu begreifen. In der Tat, die Republik ist in Gefahr. Nur daß die, die sie zugrunde richten, nicht rechts sitzen, sondern links, gerade in den Reihen derer, die stets mit ihrem Geschrei das Kapitol zu retten vermeinen."

Eine deutlichere Anspielung auf die Linksregierung in Preußen ist wohl nicht gut denkbar. Der Regierungspräsident von Kassel, Friedensburg, hat daraufhin dem Landrat die selbstverständliche Anweisung gegeben, die amtlichen Beziehungen zu dem Blatt zu lösen. Großes Geschrei bei den Rechtsern: Die Pressefreiheit ist bedroht!

Als ob eine Zeitung, die etwas leistet, nur als Amtsblatt existieren könnte! Dem harmlosen Leser dieser Art Presse wird zugemutet, das zu glauben. Der volksparteiliche Abgeordnete Pinkerneil macht daraus eine Haupt- und Staatsaktion und stellt eine Anfrage im Landtag.

In Wirklichkeit liegen die Dinge so: Mit der Anerkennung einer Zeitung als amtliches Verkündigungsblatt verleihen die Behörden diesem Organ ein geschäftliches Monopol. Gewerbetreibende, Handwerker, Landwirte werden in hohem Maße davon abhängig, eine solche Zeitung zu lesen. Daraufhin bekommt das Blatt auch Inserate. Die Regierung, die das tut, kann zum allermindesten verlangen, daß eine an ihr geübte Kritik im Rahmen sachlicher Polemik bleibt. Sonst würde die Regierung ja sozusagen ihr amtliches Siegel darunter setzen und Tausende von Lesern zwingen, zu lesen, daß sie, wie im vorliegenden Fall, „die Republik zugrunde richtet".

Es ist also nur allzu begründet, daß Friedensburg energisch eingeschritten ist und ein Beispiel statuiert hat. Leider gibt es noch an vielen anderen Stellen „amtliche Organe", die unter dem Schein parteipolitischer Neutralität und amtlicher Anerkennung das Gift Hugenbergscher Maternkorrespondenzen und Elaborate knechtseliger völkisch-nationaler Journalisten ihren Lesern täglich präsentieren. Wenn das nicht aufhört, braucht sich die preußische Regierung nicht darüber zu wundern, wenn ihre Autorität untergraben wird. Sie handelt in berechtigter Abwehr, wenn sie solchen Blättern den Charakter eines amtlichen Organs entzieht.

Das alles sind Selbstverständlichkeiten. Die volksparteiliche Polemik erhält aber noch ein besonderes Gesicht dadurch, daß sie dem Kasseler Regierungspräsidenten unterstellt, er wolle lediglich mit seiner Maßnahme dem demokratischen Konkurrenzblatt auf die Beine helfen. Aus einer berechtigten politischen Abwehr, aus einer staatspolitischen Notwendigkeit wird so ein politisches Geschäftsmanöver. Man muß diese geschäftliche Betrachtungsweise niedriger hängen!

Staatsanwalt zu Ludendorffs Ehrenrettung

Die bayerische Volkspartei verlangt Klarstellung.

München, 27. August. (Eigenbericht.)

Bis heute hat General Ludendorff die Behauptung des dänischen Journalisten Sonning, daß er in dem Prozeß zwischen den dänischen Zeitungen „Berlinske Tidende" und „Politiken" bei einer kommissarischen Vernehmung in München eine objektiv unwahre Tatsache beschworen hat, ohne irgendwelche Gegenäußerung auf sich sitzen lassen. Das veranlaßt am Sonnabend die führende Presse der Bayerischen Volkspartei zu folgendem Ruf nach dem Staatsanwalt:

Nachdem das ganze Prozeßmaterial jetzt in einer Broschüre bekannt geworden und deutsche Blätter sich eingehend damit beschäftigt haben, kann die Partie so nicht stehen bleiben. General Ludendorff hat sich bisher nicht über die Angelegenheit geäußert. Auch gerichtliche Schritte sind anscheinend nicht erfolgt. Man ist es aber dem Namen Ludendorff und seinen militärischen Verdiensten schuldig, den Ruf des Generals aus diesem peinlich wirkenden Zwielicht herauszuführen. Die Staatsanwaltschaft hätte alle Ursache, hier einzugreifen und durch eidliche Vernehmung aller Beteiligten aufzuklären, mit welchem Recht Sonning in seiner Broschüre die eidliche Versicherung des Generals Ludendorff mit Zweifeln zu belasten versucht hat.

Auch Köln für die Ehrung der Reichsfarben

Gegen schwarzweißrote Gefallenendemonstrationen.

Köln, 27. August. (Eigenbericht.)

Die Kölner Stadtverwaltung hat in ihrem Bestreben, den verfassungsmäßigen Farben der Deutschen Republik in Zukunft größere Achtung zu verschaffen, nunmehr mit begrüßenswerter Entschiedenheit einen ähnlichen Weg wie der Berliner Oberbürgermeister Dr. Böß beschritten. Der Marineverein, der alljährlich an der Eigelsteiner Torburg an einem Boot des untergegangenen Kreuzers „Köln" eine Trauerfeier veranstaltet, hat bisher regelmäßig Kränze mit schwarzweißroten Schleifen niedergelegt. In diesem Jahre ist dem Marineverein von der Stadtverwaltung erklärt worden, daß die Niederlegung von Kränzen nicht geduldet werde, wenn die Kränze nicht Schleifen in den verfassungsmäßigen Farben tragen. Darauf hat der Marineverein, der sich dieser Forderung der Stadtverwaltung nicht fügen will, beschlossen, in Zukunft überhaupt auf Kranzniederlegungen zu verzichten. Wie wir weiter hören, plant die Stadtverwaltung noch weitere Maßnahmen, um den verfassungsmäßigen Farben der Deutschen Republik zu größerer Achtung zu verhelfen.

Weitere Zusammenstöße in Hamburg.

Demonstrationsverbote auch in Altona.

Hamburg, 27. August.

Nachdem der hamburgische Senat kommunistische Kundgebungen und auch eine nach Dagebül einberufene Versammlung verboten hatte, hielt die KPD. gestern abend in Altona eine Versammlung ab. Auf der Rückkehr von dieser gerieten kommunistische Trupps mit der Polizei, die scharfe Absperrungen vorgenommen hatte, zusammen. Die Polizei machte von den Gummiknüppeln Gebrauch, um die Zusammenrottungen zu zerstreuen.

Der Polizeipräsident von Altona-Wandsbek hat kommunistische Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge bis auf weiteres verboten. Ebenso verbot der hamburgische Senat das Erscheinen der „Norddeutschen Zeitung", eines Kopfblattes der „Hamburgischen Volkszeitung".

Die polnische Zollerhöhung.

Amtlich veröffentlicht — vier Monate Ziel.

Warschau, 27. August. (Eigenbericht.)

Die Einführung von Maximalzöllen, welche die Tarifzollsätze um 100 Proz. erhöhen, ist nunmehr im „Amtsblatt" veröffentlicht worden und wird daher in vier Monaten zur Anwendung gebracht werden. Diese Zölle treffen Einfuhrwaren aus denjenigen Ländern, die mit Polen Handelsverträge nicht besitzen. Es muß daher gehofft werden, daß es dem deutschen Gesandten Rauscher gelingen wird, den deutsch-polnischen Handelsvertrag noch vor Ablauf dieser Frist unter Dach und Fach zu bringen.

Exotische Zwischenfälle.

Bergwerksbelagerung in Mexiko.

Auf einem Bergwerk in Mexiko, nordamerikanischen Eigentums, in Etzallan, 40 Meilen von Guadalajara, sollen Arbeiter englische und nordamerikanische Angestellte gefangengenommen haben. Die Zahl der Gefangenen bzw. Belagerten wird mit 29 angegeben, eine Reihe weiterer Ausländer sind geflohen. Nach einer unbestätigten Meldung ist eine Grube in Gefahr, infolge der herrschenden Unordnung unter Wasser gesetzt zu werden. Präsident Calles habe den Militärgouverneur des Staates Jalisco telegraphisch angewiesen, den Bergwerksbehörden die nötige Unterstützung zu gewähren.

Oelstreit Bolivien-Paraguay.

Nach Meldungen aus Buenos Aires ist zwischen Bolivien und Paraguay ein Streit wegen der Oelländereien im Chacogebiet ausgebrochen. Eine in Buenos Aires zusammentretende gemischte Kommission soll eine Lösung des Konflikts suchen. Im Falle eines Mißerfolges ist der Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen beiden Staaten zu befürchten. Die Meldungen lassen nicht erkennen, ob bolivianische Truppen nicht bereits in Paraguay eingerückt sind.

Amnestiegesuche. Die „Deutsche Liga für Menschenrechte E.V." wird in einiger Zeit an den Herrn Reichspräsidenten und an das Preußische Staatsministerium eine Eingabe richten, in der die Begnadigung einer Anzahl Personen zum Geburtstage des Reichspräsidenten vorgeschlagen wird. Verurteilte, die der Ansicht sind, daß in ihrer Sache ein Gnadenerweis angebracht ist, können unter Einsendung der Urteilsausfertigung und Mitteilung ihres Strafendes der „Rechtsstelle der Deutschen Liga für Menschenrechte" (Berlin W. 8, Wilhelmstraße 48, 3 Tr.) die Angelegenheit zur Prüfung überreichen. Anschreiben, in denen sonstige Gründe, die für die Begnadigung sprechen, erörtert sind, dürfen den Umfang einer Seite nicht überschreiten. Die entsprechenden Eingaben müssen an die Liga bis spätestens 7. September 1927 eingegangen sein.

Die Wiener Gemeindewache hat sich bei einem nächtlichen Dachstuhlbrand des neuen städtischen Amtshauses, nahe dem Rathaus, trefflich bewährt. Nur durch ihr rasches Eingreifen konnte der gesamte Inhalt der bedrohten Amtsräume vor Feuer und Wasser so geborgen werden, daß der Dienst keine Unterbrechung erfährt. Der Brandschaden beträgt freilich 30 000 Schilling (18 000 M.)

Die Leute von Schreiberhau.

Von Hermann Schützinger.

Die Leute von Schreiberhau im Riesengebirge sind nicht etwa wie Gottfried Kellers „Leute von Seldwyla" knorrige, im Bergboden ihrer Heimat verwurzelte Storren, sie sind nicht wie die „Leute von Oberammergau" durch einen Vollbart, den sie von der Kindheit bis zum Grabe für das „Passionsspiel" und den Fremdenverkehr zu tragen haben, mit ihrer Bergheimat auf ewig zusammenkopuliert — und doch stellen sie eine beachtenswerte Kommune dar, die bei der Vermischung von Heimatstolz und Internationalität, von Erwerbstrieb und mystisch-religiösem Bestimmungswahn der Glossierung bedarf.

Der „Reiseführer durch das Riesengebirge", den man in der Hauptstraße von Schreiberhau zu kaufen kriegt, macht es sich ja leicht. Er sagt kurz und bündig:

„Schreiberhau, ein an landschaftlichen Schönheiten überreiches Gebirgsdorf, hat 7000 Einwohner, 1924: 11 000 Kurgäste und besitzt außer der Glashütte „Josefinenhütte" viele Glasschleifereien, zwei evangelische und zwei katholische Kirchen. In Mariental seit 1890 eine evangelische Kapelle; über dem Altar gemaltes Kirchenfenster, gestiftet 1890 von der Kaiserin Friedrich III. Altar und Kanzel sind Geschenke des letzten Kaiserpaares."

Schluß: Der Mann macht sich die „Heimatkunde" zweifellos etwas einseitig zurecht. Ob man mit einem Kirchenfenster, einem von „Allerhöchster Stelle" gestifteten Altar und einer Kanzel das Wesen der Leute von Schreiberhau zu treffen vermag, sei dahingestellt.

Tatsache ist, daß der Schreiberhauer, der seine Bauernhütten im Lauf der letzten Jahrzehnte zu modernen Hotels und Pensionen umgestaltet und aus dem Bergdorf einen prominenten Kurort mit einem „Fassungsvermögen" von 20 000 Menschen gemacht hat, die Welt etwas weiter sieht. Für ihn ist Schreiberhau der Nabel der Welt. Die Leute von Schreiberhau sind die besten Rodler, Ski- und Bobfahrer der Welt! Die Bobbahn am Reifträger ist die beste des Kontinents! Der Skisprunghügel am Zackenfall zeitigt die epochemachenden Sprungmeisterschaften der ganzen Welt! Ueberhaupt: Das Riesengebirge ist das einzige, anständige, europäische „Mittelgebirge mit alpinem Charakter" und ist überhaupt schon dagewesen, als es noch keine Alpen und keine vorderasiatischen Hochgebirge gab. Also: Die Zugspitze, der Montblanc, der Gaurisankar, Garmisch-Partenkirchen und St. Moritz im Engadin sind ganz elende Emporkömmlinge und Parvenüs — gegen Schreiberhau.

Dagegen ist nichts zu sagen — selbst wenn es in einem offiziellen Werbevortrag der Kurverwaltung vom Rednerpult aus vorgetragen wird. Ueberwältigt von soviel Heimatstolz senkt der größte Pessimist die bewehrte Faust.

Sollte aber doch irgendwer eine blöde Widerrede wagen, so wirft ihn der Mann aus Schreiberhau mit folgendem Argument an die Wand:

Schreiberhau ist der Nabel der modernen Literatur und der bildenden Kunst! Denn erstens lebten Karl und Gerhart Hauptmann zur Zeit ihres fruchtbarsten Schaffens in Schreiberhau. Karl Hauptmann ist ja unterdessen in Niederschreiberhau begraben worden und Gerhart Hauptmann ist ins benachbarte Agnetendorf durchgebrannt. Trotzdem beschäftigt sich mit den beiden Brüdern das ganze Dorf und jede alte Schreiberhauerin wird auf die Frage nach den beiden Hauptmanns-Buben die Augen verdrehen und sagen:

„Ich hab sogar den Vater, den Gastwirt, noch gekannt! War das ein scheener Mann!"

Zweitens lebt hier ein Kunstmaler, namens Hendrich; der hat neben sein „Einsiedlerheim" (wie eine Ostpreußin gestern betonte) eine „Sagenhalle" gestellt, woselbst gegen ein Entree von fünfzig Pfennige die Werke Hendrichs, soweit sie den Berggeist Rübezahl, Wotan, Parzifal und verwandte Begriffe betreffen, zu sehen sind. Mein Gott, was haben sie aus dem knorrigen Berggeist, dem Beschützer der Bauern, der Glasbläser, Schmuggler und Köhler des Riesengebirges für ein Limonadengebräu gemacht! Jungfrauen, ätherisch mit Wasser und Wolken verschmolzen, bevölkern die Wände.

„So sieeß!" flötet die Ostpreußin.

„Die ham ja allsamt koan Arsch!" poltert die bayrische Konkurrenz.

Im übrigen sind die Leute von Schreiberhau trotz ihrer Extratouren auf das Gebiet der schönen Künste höchst materielle Leute, deren Geschäftssinn einer künstlichen Belebung nicht bedarf. Ein Turnier des „ADAC.", des „Allgemeinen Deutschen Automobilklubs", ist ihnen sicherlich viel lieber als die schönste „Arbeiterolympiade", zumal man hierbei die schwarzrotgoldene Fahne restlos unterschlagen kann. Mein Gott — Geschäft ist Geschäft; und das zahlungskräftige Publikum soll man nicht reizen; das wissen die Leute von Seldwyla so gut wie die von Oberammergau. Sonst aber sind sie prächtige Burschen — die Leute von Schreiberhau!

Shaw als Erzieher. Den vielen Shaw-Anekdoten fügt ein Mitarbeiter des „Manchester Guardian" eine neue hinzu, die den Vorteil hat, noch nicht bekannt zu sein. Es war vor etwa 20 Jahren anläßlich eines Meetings im Londoner Lyceumtheater. Die Veranstaltung galt dem Zweck, für eine nationale Shakespeare-Bewegung Stimmung zu machen, von der man damals die Schaffung einer nationalen Shakespeare-Bühne erhoffte. Die Ankündigung, daß auch Bernard Shaw in der Versammlung das Wort ergreifen würde, hatte vor allem dazu beigetragen, das Haus bis auf den letzten Platz zu füllen. Als Redner waren Vertreter aller Gesellschaftsklassen und politischen Parteien gemeldet. Unter ihnen befand sich auch der inzwischen verstorbene Will Steagman, der für die Arbeiterpartei das Wort ergriff. Er erging sich dabei in außerordentlich breiten Ausführungen und stellte durch seine lange Rede die Geduld der Hörer, die darauf brannten, endlich Shaw zu hören, auf eine harte Probe. Die Ungeduld machte sich schließlich, da der Redner gar kein Ende finden konnte, durch Scharren und unwillkürliches Murren Luft. Steagman, der sich über die Stimmung des Auditoriums nicht länger täuschen konnte, brach verlegen mitten im Satz ab und setzte sich bedrückt und verwirrt nieder. Dann erhob sich Shaw und begann, nachdem sich der ihn begrüßende Beifallssturm gelegt hatte: „Herr Präsident, nach den vorzüglichen Worten, die mein Freund Steagman gefunden hat, entfällt für mich die Notwendigkeit, noch etwas hinzuzufügen." Sprach's und setzte sich wieder in kein angenehmes Bewußtsein, den Leuten, die nur aus Neugierde gekommen waren, einen kräftigen Nasenstüber versetzt zu haben.

Ein französisches Werk über Heine als Politiker. Großes Aufsehen dürfte in Deutschland und besonders bei der deutschen Heine-Forschung ein soeben erschienenes französisches Buch hervorrufen, in dem Margaret A Charte „Heine und die Julimonarchie" behandelt. Aus der umfassenden, vielfach aus neu aufgefundenen Quellen schöpfenden Darstellung geht hervor, daß Heine nicht nur von Louis Philippe eine Pension erhielt, sondern auch von der österreichischen Regierung besoldet wurde. Die Verfasserin glaubt sicher, daß Heine geheime Beziehungen zum österreichischen Hof unterhielt und von dem österreichischen Gesandten in Frankfurt direkt beeinflußt wurde. In seinen politischen Aufsätzen hat er sehr viel aus französischen Zeitungen geschöpft.

Paul Valéry über Europa. Paul Valéry, das neue Mitglied der Académie Française, arbeitet gegenwärtig an einem kulturkritischen Werk, das zum Winter unter dem Titel „Essai sur la grandeur et la décadence de l'Europe" erscheinen wird. Das Buch soll darauf aufmerksam machen, daß Europa nach dem Kriege noch nicht die notwendigen Anstrengungen zur inneren Wiedergeburt gemacht hat.

Italienischer Dramatikerwettbewerb. Unter dem Protektorat des Gouverneurs von Rom hat das Theater Argentina einen Wettbewerb für das beste, mindestens dreiaktige Gegenwartsstück ausgeschrieben. Den Vorsitz im Preisgericht führt Pirandello. Das preisgekrönte Stück wird im Theater Argentina aufgeführt werden.

Neue Fossilienfunde in Texas. Die unter Professor Buddington von der Princeton-Universität stehende wissenschaftliche Kommission ist bei Ausgrabungsarbeiten auf den Oelfeldern in Texas auf große Lager von Fossilien gestoßen. Die Funde werden jetzt wissenschaftlich untersucht; es dürfte sich in der Hauptsache dabei um Knochen vorzeitlicher Riesentiere handeln.

Erstaufführungen der Woche. Mont. Städtische Oper: „Der Wasserträger." — Dienst. Theater im Admiralspalast: „Bomm und Bo." — Großes Schauspielhaus: „Der Mikado." — Kleines Theater: „Maréchal-Nel-Rosen." — Mittw. Theater am Schiffbauerdamm: „George Dandin." — Neues Theater am Zoo: Drei Einakter von Ludwig Thoma. — Donnerst. Piscator-Bühne: „Hoppla, wir leben." — Berliner Theater: „Leonie." — Thalia-Theater: „Der rote Hahn." — Komödienhaus: „Dybuk." — Apollo-Theater: „Na und ob." — Freit. Lessing-Theater: „König Heinrich IV." — Komödie: „Zinsen." — Schloßparktheater: „Anneliese von Dessau." — Sonnab. Renaissance-Theater: „Polizei."

Der Bau der 8000 Wohnungen.

Der Magistrat für den Haberland-Konzern!

Nach eingehender Prüfung der für den Bau von 8000 Wohnungen vorliegenden Finanzierungsangebote ist der Magistratsausschuß zu dem Ergebnis gekommen, daß die Angebote zwar nicht erheblich voneinander abweichen, daß aber immerhin der dem Angebot des Haberland-Holzmann Konzerns zugrunde liegende Finanzierungsplan der vorteilhafteste ist. Der Magistratsausschuß hat daher vorbehaltlich der Zustimmung der städtischen Körperschaften beschlossen, diesem Finanzierungsplan den Vorzug zu geben.

Tschechisches Faschisten-Panama.

Oberfaschisten in wichtigen Aemtern der Republik.

Prag, 27. August. (Eigenbericht.)

Ueber das Ergebnis der Untersuchung des faschistischen Ueberfalls in Sazawa ist bisher folgendes bekannt geworden: Fünf verhaftete Faschisten wurden dem Strafgericht eingeliefert. Exgeneral Gajda ist auf dem Polizeipräsidium wiederholt langen Verhören unterzogen worden und steht in seiner Wohnung unter strengster Polizeiaufsicht. Dem in die Affäre verwickelten aktiven General Konopasek soll es gelungen sein, sich jenseits der Grenzen in Sicherheit zu bringen. Halboffiziell wird betont, daß von den wichtigsten Dokumenten und Akten über den Fall Gajda nichts gestohlen wurde, diese vielmehr aus der sicheren Verwahrung niemals herausgekommen seien; den faschistischen Banditen sollen nur nebensächliche Papiere in die Hände gefallen sein. Unter dem Material, das die Polizei bei der Haussuchung im Prager Faschistensekretariat gefunden hat, ist das wichtigste das Verzeichnis der Faschio-Mitglieder, unter denen sehr viele Staatsbeamte sind, sogar solche auf den wichtigsten Posten der Staatsverwaltung. Allein der Staatspolizei in Prag sollen 40 verläßliche Vertrauensmänner der Faschistenpartei angehören. Als unerträglich wird es allgemein empfunden, daß die Regierung die Oeffentlichkeit über den Stand der Untersuchung überhaupt nicht unterrichtet, und diese daher nur auf inoffizielle und ungewisse Meldungen angewiesen ist. Das läßt die Vermutung zu, daß gewisse Regierungsparteien, vor allem die Nationaldemokraten, aber auch die tschechischen Klerikalen, ihre Hand schützend über die Faschisten halten!

Faschisten in der Parlament-Union.

Protest der italienischen Emigranten in Paris.

Paris, 27. August. (Eigenbericht.)

Der sozialistische „Populaire" veröffentlicht einen von zahlreichen italienischen Abgeordneten, darunter Turati, die schließlich nach Frankreich flüchten mußten, gezeichneten Aufruf gegen die Anwesenheit einer italienischen Delegation auf der Interparlamentarischen Konferenz. Da der Faschismus in Italien die Verfassung und das parlamentarische Regime völlig unterdrückt habe, sei es zum mindesten überraschend, eine Vertretung dieses italienischen „Parlamentarismus" in Paris zu sehen. In Wirklichkeit vertrete diese Delegation nicht Italien, sondern den Faschismus.

Neuer Beweis für italienischen „Parlamentarismus"

Rom, 26. August.

Wie „Giornale d'Italia" meldet, richteten die beiden Südtiroler Abgeordneten Sternbach und Tinzl an den Präfekten von Bozen ein Schreiben, in dem sie erklären, entsprechend der mit ihm gepflogenen Rücksprache auf ihre Teilnahme am Genfer Minderheitenkongreß und an der Pariser Tagung der Interparlamentarischen Union zu verzichten, um den Anschein einer Stellungnahme gegen die Regierung zu vermeiden. Ferner teilen die beiden Abgeordneten in dem Schreiben mit, sie ständen den Mitteilungen der Auslandspresse fern und seien bereit, Ratschläge anzunehmen, die eine Verständigungspolitik erleichtern könnten. (Sie müssen als italienische Staatsbürger auch bereit sein, von der Staatsgewalt Rhizinus, Prügel und Dolchstiche dankbar entgegenzunehmen und haben offenbar diese Empfangnahme für diesmal nur durch Verzicht auf die Kongreßteilnahme in Genf und Paris vermeiden können! Red. d. V.)

Italienische Geschoßgarben nach Deutsch-Oesterreich.

Innsbruck, 27. August.

Wie vom Brenner gemeldet wird, brachten zwei italienische Kompagnien von den Truppen, die an der Grenze Manöver abhalten, gestern bei der Landshuter Hütte zwei Maschinengewehre in Stellung und hielten scharfe Schießübungen ab. Die Geschosse flogen weit auf deutschösterreichisches Gebiet und gefährdeten reichsdeutsche Touristen, die im Aufstieg zur Hütte begriffen waren. Das Feuer wurde erst nach geraumer Zeit eingestellt.

Reaktionärer Regierungskurs.

Paris, 27. August.

Innenminister Sarraut hat im gestrigen Ministerrat die Unruhen vom 22. und 23. August zum größten Teil auf Anstiftung durch Ausländer zurückgeführt, eine Behauptung, die von jedem Augenzeugen als zumindest übertrieben bezeichnet werden muß. Der Minister kündigte scharfe Maßnahmen gegen die Ausländer an. Sarraut und Justizminister Barthou gaben dann Aufschlüsse über die geplante Bekämpfung des Kommunismus und über die wegen aufreizender Zeitungsartikel eingeleitete Untersuchung.

Zusammenkunft der Sozialisten.

Paris, 27. August. (Eigenbericht.)

Die sozialistische Kammerfraktion empfing gestern abend in den Räumen des Senats festlich die sozialistischen Teilnehmer der Interparlamentarischen Konferenz. Aus Deutschland waren u. a. Löbe, Sollmann, David und Moses anwesend.

Fort mit der Todesstrafe!

Paris, 27. August.

Abgeordneter Renaudel hat im Namen der sozialistischen Fraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem unter Hinweis auf Sacco und Vanzetti beantragt wird, die Todesstrafe im französischen Strafrecht abzuschaffen und den Justizminister mit der Ausarbeitung der entsprechenden Strafrechtsbestimmungen zu beauftragen.

Die italienische Pressekneblung schildert eine Denkschrift ihrer Opfer an die völkerbundliche Pressekonferenz in Genf.

„Landaufenthalt" für Stadtkinder?

Die Verschickung von Stadtkindern nach dem Lande wurde organisiert, als während des Krieges die Nahrungsmittelnot in den Großstädten erschreckend stieg und die Gesundheit der heranwachsenden Jugend auf das ernsteste bedroht wurde. Eine Reihe von Städten hat die Entsendung erholungsbedürftiger Kinder nach Landpflegestellen inzwischen aufgegeben. Es gibt aber noch viele Städte und eine Anzahl von Vereinen privaten und halbamtlichen Charakters, die Kinder im Sommer zur Erholung zum Landaufenthalt in Einzelpflegestellen verschicken. Es fragt sich nun, ob diese Verschickungen jetzt — nach Ueberwindung der schlimmen Nahrungsnot der Kriegs- und Nachkriegszeit — noch am Platze sind.

Gewiß gibt es in fast sämtlichen Gegenden Deutschlands wirklich gute Landpflegestellen. Durch das Kinderhilfswerk der vergangenen Jahre haben sich die Beziehungen zwischen Stadt und Land auch vielfach freundlicher gestaltet. Die Menschen sind sich nähergetreten. Zwischen Pflegeeltern und Pflegekindern haben sich oft Bande der Liebe gebildet, und auch manche Eltern und Pflegeeltern haben sich miteinander befreundet. Der Landaufenthalt ist vielen Stadtkindern gut bekommen; viele Kinder denken gern an die Ferienzeit zurück, die sie auf einer ihnen lieb gewordenen Landpflegestelle verlebt haben.

Licht- und Schattenseiten.

Diese Lichtseiten der Landverschickung der Stadtkinder dürfen aber nicht über zahlreiche in den letzten Jahren immer mehr merkbare Schattenseiten hinwegtäuschen. Mit einer ganzen Anzahl von Landpflegestellen vieler Gegenden kann man „keinen Staat machen". So hatte ich jüngst Gelegenheit, die in einem nordostdeutschen Kreise gelegenen Landpflegestellen, in denen Berliner Schulkinder untergebracht waren, zu besichtigen. Die Verpflegung der Kinder ließ nichts zu wünschen übrig. Die Frage der „Beschäftigung" der Kinder war schon etwas heikler. Wurden doch Jungen und Mädels keineswegs nur zum Kühe- und Gänsehüten, sondern vielfach auch beim Heuerinfahren und anderen, nicht gerade ganz „leichten" landwirtschaftlichen Arbeiten verwendet. Sehr schlimm, vielfach geradezu

kostlos waren die Wohnungsverhältnisse.

Die Baulichkeiten befanden sich großenteils in einer sehr schlechten Verfassung. Nicht so sehr die Ställe, wie geradezu die Wohnungen. Auf den Gehöften sah man sogar häufig massiv gebaute, ganz gute Ställe, hingegen ganz kümmerliche Wohnhäuser. Die „Berliner Ferienkinder" schliefen entweder in einer „Stube" oder auf dem „Boden". Die meisten Stuben, die ich betrat, hatten keinen Fußbodenbelag; über der Erde befand sich nur eine gestampfte Tonschicht, die vom Erdboden kaum zu unterscheiden und in jeder Hinsicht unhygienisch war. An Mobilar standen in den Stuben gewöhnlich nur hölzerne Bettstellen primitivster Bauart. In den Betten lagen Strohsäcke, Kopfkissen mit Strohschüttung und ein oder zwei Bettdecken. Die Kleider hingen an Nägeln, die in die Wände geschlagen waren. In einigen dieser Schlafstuben sah man auch einen Tisch oder eine Bank. Waschtische waren nicht vorhanden. Das Waschen geschah an der Pumpe. Die Böden, auf denen viele Kinder schliefen, waren auch bei Tage gewöhnlich sehr dunkel.

Bei der Beurteilung der ländlichen Wohnungsschäden darf man nicht vergessen, daß diese im allgemeinen noch größer sind als die Wohnungsmisseren in den Proletarierbezirken der Großstädte. Haben doch auch zahlreiche Krankheiten, insbesondere die Tuberkulose, auf dem Lande eine größere Verbreitung als in den Städten.

Konkurrenz für die Landarbeiter.

Welche besonderen Gründe veranlassen nun die einzelnen Besitzer und Bauern, Kinder bei sich aufzunehmen? Nach meiner Ueberzeugung kann kein Zweifel darüber bestehen, daß zwar nicht alle, aber dennoch die meisten Besitzer die Kinder deshalb so gern zu sich nehmen, weil sie ihnen eine nicht unbeträchtliche Hilfe leisten. Und so bilden nun einmal die Ferienkinder ganz zweifellos eine nicht unerhebliche Konkurrenz für die Landarbeiterschaft. Es gibt auch zu denken, daß mit besonderer Vorliebe die Verschickung dreizehn- und vierzehnjähriger, möglichst kräftiger Schulkinder begehrt wird und daß man im allgemeinen die Knaben den Mädchen vorzieht. In den heutigen Zeiten der Arbeitslosigkeit wird man aber diese Zustände nicht irgendwie beschönigen oder gar gutheißen können. Nicht nur Fragen der Gesundheitspolitik und der Jugendpflege geben bei der Beurteilung den Ausschlag; nein, sie müssen — in der Hauptsache sogar! — vom Standpunkt einer rationellen Wirtschaftspolitik und einer gerechten Regelung des Arbeitsstellennachweiswesens entschieden werden. Ob der sonstige erziehliche Einfluß in den Landpflegestellen ein überwiegend vorteilhafter ist, bleibe zumindest „dahingestellt". In politischer Hinsicht ist der Aufenthalt in den Landpflegestellen den Kindern, unter denen sich doch schon viele halbwüchsige Knaben und Mädchen befinden, sicherlich nicht „zuträglich". Findet man doch gerade in den ländlichen Gegenden Nordostdeutschlands bei der Landbevölkerung politische Ansichten rückständigster Art, wie sie eben dem Inhalt der Kreisblätter und der „nationalen" Provinzzeitungen entsprechen.

So ist die Frage der Landverschickung der Schulkinder durchaus keine rein gesundheitliche Frage, und man wird gut tun, wofern man überhaupt künftig noch Stadtkinder zum Sommeraufenthalt auf das Land verschicken will, jede einzelne Pflegestelle genau „unter die Lupe zu nehmen" und ihre Eignung nach den verschiedensten Richtungen hin zu prüfen. Die glücklichste Lösung des Problems werden freilich viele mit mir darin sehen, angesichts der zahlreich aufgeführten Bedenken die Landverschickung, deren Umfang und Bedeutung in den letzten Jahren sowieso ständig gesunken ist, „abzublasen", ihr Lebewohl zu sagen und diejenigen Kinder, die bisher für eine Landverschickung ausgewählt zu werden pflegten, im Rahmen einer gut organisierten örtlichen Erholungsfürsorge zu betreuen oder nach einwandfrei geleiteten Heimen zum Erholungsaufenthalt zu entsenden.

Dr. med. A. K.

Großfeuer auf einem Neubau.

Dachstuhlbrand in der Demminer Straße.

Die Berliner Feuerwehr war heute vormittag an zwei Stellen im Norden Berlins mit der Bekämpfung gefährlicher Brände stundenlang beschäftigt. Der erste Feueralarm kam aus der Wisbyer Straße, Ecke Prenzlauer Allee. Auf dem umfangreichen Eckgelände wird von der Berlinischen Baugesellschaft ein großes vierstöckiges Miethaus errichtet.

Heute früh gegen ½9 Uhr wurden Bauarbeiter plötzlich auf einen verdächtigen Brandgeruch aufmerksam. Als man der Ursache nachging, wurde festgestellt, daß im Dachstuhl Feuer ausgebrochen war. Ein Teil der Balkenlage brannte unter starker Qualmentwicklung bereits lichterloh. Als die ersten Löschzüge der Feuerwehr an der Brandstätte eintrafen, hatte das Feuer den Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung ergriffen, der ein großes Flammenmeer bildete. Da für den ganzen Neubau das schlimmste befürchtet wurde, mußte „Fünfte Alarmstufe — Großfeuer" an die Hauptfeuerwache Lindenstraße weitergegeben werden. Unter Leitung des Oberbranddirektors Gempp rückten hierauf vier weitere Löschzüge zur Hilfeleistung an. Mit vereinten Kräften wurde das Feuer über mehrere mechanische Leitern und über die Treppenhäuser mit zehn Schlauchleitungen angegriffen. An einigen Stellen wütete das Feuer mit ungeheurer Gewalt und griff auf das vierte, dritte und teilweise sogar auf das zweite Stockwerk, die nur durch Bretterverschalungen von einander getrennt sind, über. Die Feuerwehrleute hatten unter der gewaltigen Hitze- und Rauchentwicklung sehr zu leiden. Es konnte nur mit größter Vorsicht gearbeitet werden, da innerhalb des Gebäudes mehrere Decken brennend einstürzten, so daß die Löschmannschaften mehrmals von den gefährdeten Stellen zurückgezogen werden mußten. Nach zweistündiger, angestrengter Tätigkeit gelang es, den Brandherd einzukreisen. Der Dachstuhl in einer Länge von etwa 35 Metern ist vernichtet. Auch der Schaden der vom Feuer in Mitleidenschaft gezogenen Stockwerke ist sehr erheblich. In der zwölften Mittagsstunde trafen mehrere Ablösungszüge ein, die die Aufräumungsarbeiten vornahmen. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt. Der Brand hatte eine große Zuschauermenge angelockt, so daß ein Schupoaufgebot Absperrungen vornehmen mußte, um die Löscharbeiten nicht gefährden zu lassen.

*

Das zweite Feuer kam gegen ½10 Uhr, als die Arbeiten in der Wisbyer Straße noch voll im Gang waren, im Vorderhausdachstuhl Demminer Straße 26 zum Ausbruch. Drei Löschzüge hatten fast zwei Stunden lang an der Brandstätte zu tun. Es mußte aus vier Schlauchleitungen lange Zeit Wasser gegeben werden. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß der Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung niederbrannte. Der Feuer- und Wasserschaden ist sehr erheblich. Nach den bisherigen Feststellungen ist das Feuer durch Selbstentzündung von Preßkohlen, die in einem Bodenverschlag des vierten Stockwerks lagerten, entstanden, von wo aus die Flammen auf den Dachstuhl übergriffen.

Folgen der Affäre Ruppolt.

Disziplinarverfahren gegen den Nachlaßrichter.

Die Affäre des ungetreuen Nachlaßpflegers Ruppolt, der bisher nicht festgenommen werden konnte, ist jetzt in ein neues Stadium getreten. Nachdem durch die Ermittlungen der Polizei und der Justizbehörden festgestellt worden ist, daß Ruppolt in geradezu unglaublicher Weise sich an dem ihm anvertrauten Nachlaßgut vergriffen, daß er außer den Unterschlagungen auch Urkundenfälschungen und offenkundige Betrügereien verübt hat, haben die Aufsichtsbehörden sich dazu entschlossen, gegen den bisherigen Nachlaßrichter, Amtsgerichtsrat Rumpelt, das Disziplinarverfahren zu eröffnen.

Die Stellung des Nachlaßpflegers, die Ruppolt bekleidete, ist in Preußen ebenso wie im ganzen Reich eine durchaus selbständige. Der Nachlaßpfleger hat die volle Verantwortung für die ihm übergebenen Nachlaßgüter, ist dagegen eidlich verpflichtet, die Gelder in mündelsicherer Weise anzulegen, Wertgegenstände usw. in einer Art sicherzustellen, daß dritte Personen, zum Beispiel streitende Erben usw. in keiner Weise an den Nachlaß herankommen können. Dagegen ist der Nachlaßpfleger verpflichtet, alljährlich dem Nachlaßrichter eine genaue Aufstellung über seine Verwaltung zu geben. Unter Vorlegung der Erbschaftsakten hat er glaubhaft zu machen, wo und in welcher Weise der Nachlaß sichergestellt worden ist, er muß über eingezahlte Gelder Bankquittungen vorlegen und nachweisen, wo sich die Immobilien befinden, die seiner Verwaltung anvertraut worden sind. Wenn der Nachlaßpfleger am Ende des Kalenderjahres nicht von selbst dem Nachlaßrichter die notwendigen Beweise vorlegt, hat der Richter von Gesetz wegen die Pflicht, den Pfleger kurzfristig zur Berichterstattung und Vorlegung der Unterlagen aufzufordern. Nach Ablauf dieser Frist muß der Nachlaßrichter dann von selbst eingreifen, wenn ein Nachlaßpfleger den angeforderten Bericht nicht ordnungsmäßig erstattet hat. Weiterhin ist der Richter gesetzlich verpflichtet, gegen den Nachlaßpfleger sofort einzuschreiten, wenn von seiten der Erben Beschwerden über die Tätigkeit des Nachlaßverwalters eingehen, wenn dieser etwa beschuldigt wird, das ihm anvertraute Gut nicht ordnungsmäßig verwaltet zu haben.

Da die Behörden sich entschlossen haben, gegen den Nachlaßrichter beim Amtsgericht Schöneberg vorzugehen, ist anzunehmen, daß der in Frage kommende Richter seine Kontrollpflicht nicht in der gesetzlich vorgesehenen Weise erfüllt hat. Tatsächlich sind ja von mehreren Seiten Beschwerden über Ruppolt eingelaufen, ohne daß gegen diesen in der erforderlichen Weise eingeschritten worden wäre. Der Nachlaßrichter haftet, wenn ihm nachgewiesen wird, daß er es an einer sorgfältigen Aufsicht habe fehlen lassen, für den entstandenen Schaden, doch tritt der Staat in dem Falle ein, wenn das Vermögen des Richters nicht ausreicht, um den Schaden wieder gutzumachen. Allerdings bleibt der Richter dem Staat gegenüber nach wie vor regreßpflichtig.

Das Unglück am Mont-Blanc.

Die deutschen Opfer nicht einwandfrei festgestellt.

Genf, 27. August.

Bei dem Bergbahnunglück am Montblanc wurden zwei Deutsche schwer verletzt, nämlich Ingenieur Hans Hissel aus Berlin-Reinickendorf, Kopenhagener Straße 68, und Frau Dr. Wassermann aus Mannheim, Rheinstraße 1. **Insgesamt wurden 33 Personen, darunter über die Hälfte schwer, verletzt. Von den 21 Toten** sind 10 und von den Verletzten sind 27 französischer Nationalität.

Nach einer ergänzenden Berliner Meldung soll sich der Ingenieur Hissel aus Berlin nicht unter den Schwerverletzten befinden. Es muß sich um eine Verwechslung handeln.

Orkan auf dem Atlantik.

Sturmfahrten der Ozeandampfer.

New York, 27. August.

Die Passagiere und Mannschaften der heute hier eingetroffenen Ozeandampfer berichten über eine ungewöhnlich stürmische Ueberfahrt. Der Sturm, der eine Geschwindigkeit zwischen 80 und 100 Meilen in der Stunde erreichte, türmte die Wellen zu gewaltigen Wassermauern in Höhe von 50 Fuß, die über die Schiffe hinwegstürzten und sie wie Korke hin und her warfen. Besonders abenteuerlich war die Fahrt des italienischen Dampfers „Martha Washington", der mit 617 Passagieren aus den Mittelmeerhäfen mit eintägiger Verspätung in New York eintraf. Das Schiff geriet Dienstag nacht in einen Orkan, der im Laufe des folgenden Tages an Stärke zunahm. An Bord herrschte größte Bestürzung und Unruhe. Die Zwischendeckspassagiere verbrachten die Zeit im Gebet. Die Frauen weinten hysterisch. 60 Passagiere erlitten Verletzungen

Die „Unabhängigkeit" der Gelben.
Kostgänger der Unternehmer.

Der größte Schmerz, welcher zurzeit die Prätorianergarde des Unternehmertums, die Gelben, bedrückt, ist ihre Nichtanerkennung als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft. Was wäre das doch für eine feine Sache, wenn im Zeitalter der Tarifverträge auch die Gelben ihre „segensreiche" Tätigkeit auf diesem Gebiete entfalten könnten. Politisch rechtsstehende Parteien bemühen sich zurzeit besonders stark nach dieser Richtung. Der Beweis, daß die Gelben wirklich unabhängige Organisationsgebilde sind, dürfte allerdings recht schwer zu erbringen sein. Als im November 1918 zwischen den Spitzenverbänden der Unternehmer und den drei anerkannten Arbeitergewerkschaften jene bekannte Vereinbarung getroffen wurde, wonach die Unternehmer fortab die sogenannten (gelben) wirtschaftsfriedlichen Vereine sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen, war es bekanntlich mit dieser Sorte Arbeitervereine aus.

Wenn jedoch inzwischen da oder dort die gelben Sumpfpflanzen von neuem aufsprießen konnten, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer ihr Gelöbnis vom 15. November 1918 vergessen haben. Dafür möge übrigens folgender Vorfall aus der Praxis dienen.

In Leipzig veranstaltete im vergangenen Jahr der gelbe Bund der Bäcker- und Konditorgesellen Deutschlands einen Backwettstreit, von dem sehr viel Aufhebens gemacht wurde. Die erhofften Einnahmen aus dieser Veranstaltung sind aber ausgeblieben, es gab sogar ein Defizit von einigen tausend Mark. Da dieser Bund von seinen Mitgliederbeiträgen für wirtschaftliche Kämpfe nichts auszugeben braucht, weil er ja keine führt, hätte man annehmen dürfen, daß er über genügend Reserven verfügt, um das entstandene Defizit selbst zu decken. Er wandte sich aber mit vervielfältigten Bettelbriefen nicht an seine Mitglieder, sondern an seine „Gönner", die Bäckermeisterinnungen. Letztere hatten ja schon vor Beginn des Backwettstreits eine Anzahl Preise gestiftet, um auch zum Gelingen der „guten Sache" beizutragen. In Anbetracht der großen Sympathie, der sich die Gelben bei den Innungen erfreuen, durfte natürlich auch dieses Gesuch nicht abschlägig beschieden werden. Sogar der Vorstand der Mannheimer Bäckerinnung, der sonst gar nicht so sehr stark für die Gelben engagiert ist (man hat dort mit den ersten Versuchen keine guten Erfahrungen gemacht), bewilligte 25 M.

Wenn von den rund 1300 Innungen, die dem Zentralverband deutscher Bäckerinnungen Germania angeschlossen sind, nur der vierte Teil in gleich hochherziger Weise gestiftet hat, dann dürften die eingegangenen Bettelgelder einen Betrag ergeben haben, der nicht nur allein zur Bestreitung des Defizits ausreichte, sondern darüber hinaus auch noch einen kleinen Ueberschuß für die Bundeskasse abgibt. Mit „Neutralität" und „Unabhängigkeit" hat allerdings eine solche Form von Finanzierung eines angeblichen Arbeitervereins verflucht wenig zu tun. Man kann sich ungefähr ausmalen, mit welchem Elan der gelbe Bäckerbund in Interessenvertretung für seine Mitglieder macht, wenn er sich die erforderlichen Geldmittel dafür erst bei den Unternehmern erbetteln muß.

Von der Reichsbahn.
Die Unzufriedenheit der Beschäftigten wächst.

Am Freitag nahmen die Arbeiter des Eisenbahnausbesserungswerkes Tempelhof in der Schloßbrauerei Schöneberg in einer gut besuchten Versammlung Stellung zur Lohnfrage. Bezirksleiter Genosse Dressel gab einen Ueberblick über die bisher geführten Verhandlungen betreffend Eröffnung der Ortslohnzulagen für den Direktionsbezirk Berlin.

Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß das System der Ortslohnzulagen der undankbarste Weg zur Verbesserung der Einkommensverhältnisse ist. Darum muß das Schwergewicht auf eine allgemeine Lohnerhöhung gelegt werden. Ob es den Tarifgewerkschaften glückt, durch zwischentarifliche Vereinbarungen eine Lösung herbeizuführen, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Der Hauptvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands steht also vor einer schwierigen Aufgabe. Trotzdem ist auch er überzeugt, daß die Löhne der Eisenbahner gehoben werden müssen, weil die durch Schiedsspruch im April d. J. erfolgte Lohnerhöhung durch die eingesetzte Teuerungswelle illusorisch geworden ist.

Es sprachen dann noch die Genossen Bellschmidt von der Ortsverwaltung Berlin und Spanner, die auch auf die Schwierigkeit einer zwischentariflichen Lösung hinwiesen, aber diese Lösung als das einzige Mittel sehen, um die Einkommensverhältnisse der Eisenbahner mit gleichgestellten Gruppen der Privatindustrie auf eine Linie zu bringen. Nachfolgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die am Freitag, dem 26. August, in der Schloßbrauerei zu Schöneberg tagende gut besuchte Betriebsversammlung des Reichsbahnausbesserungswerkes Tempelhof nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bezirksleiters Dressel über die Absicht der Organisationen, eine Lohnbewegung einzuleiten.

Die Versammelten sind mit dem Stand der Lohnlage nicht einverstanden und verfolgten mit reger Besorgnis die unaufhörlichen Preissteigerungen aller besonders für die Arbeiterschaft lebenswichtigen Bedarfsartikel, welche durch die verkehrte Wirtschaftspolitik der Reichsregierung hervorgerufen sind.

Die letzten tariflichen Regelungen sind durch die Teuerung vollkommen illusorisch gemacht worden. Darum fordert die Versammlung, daß sich die Hauptverwaltung mit den Tarifkontrahenten in Verbindung setzt, so daß eine zwischentarifliche Regelung erfolgt, welche eine erhebliche Erhöhung des Einkommens sicherstellen muß. Sollte der Appell an die Verwaltung erfolglos sein, dann fordert die Belegschaft die Gewerkschaften auf, alle gewerkschaftlichen Machtmittel in Anwendung zu bringen.

Zur Kundgebung von morgen.
Kommunistische Vorbereitungen.

„Der ADGB.-Ortsausschuß lehnt hartnäckig die wiederholten Angebote der KPD. auf eine gemeinsame Aktion gegen den kapitalistischen Mord von Boston ab."

So klagt die „Rote Fahne". Wir haben von dem Rundschreiben der KPD. Kenntnis gegeben, das alle Fraktionen und Zellen verpflichtet, zu der von den freien Gewerkschaften veranstalteten Kundgebung in Treptow mit entsprechenden Transparenten und dem dazugehörigen Klamauk aufzumarschieren. Auch die „Rote Fahne" war angewiesen, in der Woche, die dieser Kundgebung vorhergeht, intensiv auf die Gewerkschaften zu schimpfen. Dazu bedarf es bei der „Roten Fahne" allerdings keiner besonderen Anweisung. In derselben Nummer werden besonders unsere Genossen vom Metallarbeiterverband in einer Weise bedacht, die wohl selbst bei den Lesern der „Roten Fahne" Uebelkeit hervorrufen muß.

Die Gewerkschaften veranstalten eine Propagandakundgebung, ohne die Erlaubnis der KPD. einzuholen. Die Gewerkschaften wollen den Indifferenten zeigen, daß sie eine große Macht sind und daß ihre Mitglieder in kameradschaftlicher Geschlossenheit zusammenstehen.

Das geht den Bolschewisten gegen den Strich. Moskau duldet so etwas nicht. Moskau verlangt, daß den Indifferenten morgen gezeigt wird, wie Uneinigkeit, Mißtrauen und Haß die Gewerkschaften schwächen. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen nicht einige frohe Stunden verleben dürfen, sondern zur Freude der Unternehmer und der Indifferenten einander gegenseitig die Fäuste zeigen.

Das ist der „Kampftag", zu dem die KPD. das Gewerkschaftsfest herabwürdigen möchte. Die Mitglieder der KPD., die Roten Frontkämpfer, sind angewiesen, in diesem Sinne in Treptow zu spektakeln.

Wir hängen diese Ankündigungen niedriger. Die Mitglieder der Gewerkschaften werden den Kommunisten nicht den Gefallen tun, zur Freude der Gelben und der Unternehmer die Kundgebung zu einem Tummelplatz moskowitischer Radaubrüder werden zu lassen. Wo sich übereifrige Moskaujünger mausig machen sollten, werden sie mit der nötigen Ruhe und Entschiedenheit in die Schranken zurückgewiesen werden. Die Kundgebung wird im übrigen eine so gewaltige sein, daß die kommunistischen Theatermacher in der Masse einfach verschwinden werden.

Der Konflikt in der Solinger Metallindustrie
Die Unternehmer sperren aus.

Solingen, 27. August. (WTB.)

Nachdem, wie berichtet, der Arbeitgeberverband der Solinger Metallindustrie von den Gewerkschaften die Zurücknahme der Kündigungen der Arbeiter verlangt hatte, hat der Verband als Abwehrmaßnahme die Aussperrung sämtlicher Fabrik- und Heimarbeiter einstimmig beschlossen. Die Kündigungen sollen am 29. August ausgesprochen und zum 12. September wirksam werden, wenn in der Zwischenzeit die gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen nicht zurückgenommen werden.

Die Schuh- und Leder-Internationale.

Ergänzend zu unseren telegraphischen Berichten über den internationalen Kongreß der Schuhmacher und Lederarbeiter, der vorige Woche in London stattfand, wird uns geschrieben: Der Kongreß war von 43 Delegierten besucht, die 10 Länder mit 278 903 Mitglieder in 20 Landesverbänden vertraten. Angeschlossen sind 14 Länder mit 284 183 Mitgliedern in 24 Landesverbänden.

Der Bericht des internationalen Sekretärs J. Simon-Nürnberg gab ein umfassendes Bild über die umfangreiche Tätigkeit in den verflossenen zwei Jahren.

Ueber die Frage der Einführung der internationalen Streikunterstützung referierten die Kollegen Gundersen-Oslo und Lex-Nürnberg. Es wurde dabei besonders hervorgehoben, daß von den angeschlossenen Verbänden bisher schon die internationale Solidarität in wirkungsvoller Weise betätigt wurde, so u. a. durch finanzielle Unterstützung der norwegischen Schuhmacher bei der dort erfolgten Aussperrung in diesem Jahre, desgleichen beim Kampf der englischen Bergarbeiter. Durch Annahme einer Resolution wurde dem internationalen Sekretariat bzw. dem Zentralkomitee die Möglichkeit gegeben, im Bedarfsfalle sofort unterstützend einzugreifen, wobei die notwendigen Mittel von den angeschlossenen Verbänden anteilmäßig aufzubringen sind. Es wurde jedoch besonders betont, daß die Finanzierung von Kämpfen nach wie vor in erster Linie Aufgabe der betreffenden Organisation selbst ist, und daß es sich bei der internationalen Unterstützung nur um Fälle von längerer Dauer oder unvorhergesehenem Umfang handeln kann.

Die Frage des „Achtstundentages und die Ratifikation der Konvention von Washington" wurde in einem ausführlichen Referat von Roux-Paris behandelt. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurden die angeschlossenen Verbände verpflichtet, für die restlose Durchführung des Achtstundentages zu sorgen und darüber hinaus einen unermüdlichen Kampf um eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit und Erreichung der 44-Stunden-Woche zu führen, was besonders durch die Nationalisierungsmethoden in den einzelnen Ländern zur unbedingten Notwendigkeit geworden ist. Die Regierungen aller Länder werden aufgefordert, endlich das Washingtoner Abkommen vorbehaltlos zu ratifizieren.

Der Beitrag an die internationale Kasse wurde für alle Länder auf 5 Pfennig pro Mitglied und Jahr festgesetzt. Ein Antrag, wonach der internationalen Vereinigung nur Verbände angehören können, welche nicht gleichzeitig Mitglieder einer anderen Gewerkschaftsinternationale sind, fand einstimmig Annahme. Ein Antrag, die Zahl der Mitglieder des Zentralkomitees von 7 auf 8 zu erhöhen, wurde abgelehnt, desgleichen ein Antrag, wonach der internationale Kongreß statt alle zwei Jahre nur alle drei Jahre stattfinden soll.

Das Zentralkomitee setzt sich zusammen aus: Lex, Mahler und Blum (Deutschland), Roux (Frankreich), Smith (England), Gundersen (Norwegen) und Balchar (Tschechoslowakei). Der schön und sachlich verlaufene Kongreß hatte u. a. zur Folge, daß anwesende Vertreter noch nicht angeschlossener Verbände ihren alsbaldigen Beitritt zur internationalen Vereinigung in sichere Aussicht stellten.

Ungarische Koalitionsfreiheit.
Die Streikenden dürfen nicht beraten.

Budapest, 27. August. (EP.)

Die Oberstadthauptmannschaft hat die für heute abend 7 Uhr anberaumte Konferenz der Hauptvertrauensmänner der Metallarbeitergewerkschaft verboten. Durch das Verbot hat sich die Lage im Lohnkonflikt neuerlich verschärft. Die Vertrauensmänner erklären, daß sie nunmehr nicht für eine friedliche Beilegung des Konflikts eintreten können. Spät abends begannen neue Einigungsverhandlungen zwischen Arbeitervertretern und einem engeren Ausschuß der Eisenindustriellen, die neue Vorschläge machten.

Die gemütvollen Zechenbesitzer.
Protest gegen das Verbot der Frauenarbeit unter Tage

London, 27. August. (EP.)

Wie aus Kalkutta gemeldet wird, hat das von der indischen Regierung erlassene Verbot, Frauen unter Tage zu beschäftigen, einen starken Protest der indischen Grubenbesitzer hervorgerufen. Der Grubenbesitzerverband erklärt, in Indien hätten seit 30 Jahren Frauen in den Bergwerken gearbeitet, ohne daß dadurch die Gesundheit ihrer Nachkommenschaft nachteilig beeinflußt worden wäre. Ferner wird auf das Beispiel Japans verwiesen, wo angeblich 70 000 Frauen 12 Stunden täglich unter Tage beschäftigt werden.

Schiedsspruch in der Basaltlava-Industrie.

Mayen, 27. August. (WTB.)

Da bei den Verhandlungen am 13. und 23. August in Bonn zwischen den Parteien in der Basaltlava-Industrie unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Jötten eine Einigung nicht erzielt wurde, fällte der Schlichter folgenden Schiedsspruch: Die sich aus dem Schiedsspruch vom 24. Februar und aus der Einigung vom 21. März dieses Jahres ergebenden Stundenverdienste erhöhen sich mit Wirkung vom 1. August dieses Jahres ab für den gelernten Arbeiter um eine feste Stundenzulage von 3 Pfennig und für die anderen Arbeiter um eine solche von 2 Pfennig. Der Spruch ist für beide Parteien rechtsverbindlich.

Aus der Partei.

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wird vom 11. bis 13. September im Volkshaus zu Brüssel tagen. Auf der Tagesordnung stehen neben der allgemeinen politischen Lage und organisatorischen Fragen vor allem die Vorbereitung des Internationalen Kongresses 1928 und der Bericht der Abrüstungskommission der SAI., den diese in Zürich vom 27. bis 29. August fertigstellen wird. Im Zusammenhange damit wird auch ein Vorschlag der Labour Party über die Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit auf politische Konflikte im Rahmen des Völkerbundes behandelt werden. Ebenso wird ein Vorschlag der Labour Party über die Grundsätze für die Reform des Strafverfahrens behandelt werden.

Am Nachmittag des 11. September um 3 Uhr wird das von der SAI. errichtete Denkmal für Matteotti im Weißen Saal des Volkshauses feierlich enthüllt. Im Namen der Internationale wird ihr Präsident Henderson, im Namen der italienischen Sozialisten Turati und im Namen der belgischen Arbeiterpartei, die das Denkmal in ihre Obhut übernimmt, ihr Sekretär van Roosbroek sprechen. Am Abend ist eine künstlerische Feier, bei der ein deutscher, ein französischer und ein italienischer Redner sprechen werden.

Der Sitzung der Exekutive geht am 9. September die Sitzung der Kolonialkommission voraus. Am 10. September tagt das Bureau der SAI., um die Arbeiten der Exekutive vorzubereiten. Am 12. September ist die konstituierende Sitzung der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen.

Theater der Woche.

Vom 28. August bis 5. September 1927.

Volksbühne: Theater am Bülowplatz: Ab 1. Ein Sommernachtstraum. — **Theater am Schiffbauerdamm:** Ab 31. George Dandin. — **Thalia-Theater:** Der rote Hahn. — **Oper am Platz der Republik:** 28. Macht des Schicksals. 29. Rigoletto. 30. Tristan und Isolde. 31. Tiefland. 1. Tosca. 2. Zigeunerbaron. 3. Lohengrin. 4. Der Rosenkavalier. 5. Martha. — **Städtische Oper:** 28. Meistersinger. 29., 2. Der Wasserträger. 30. Aida. 31. Fliegende Holländer. 1. Die Zauberflöte. 3. Troubadour. 4. Maskenball. 5. Tristan und Isolde. — **Schauspielhaus:** 28., 29., 30., 31., 3. Ein besserer Herr. 1., 2., 5. Florian Geyer. 4. Maß für Maß. — **Schiller-Theater:** 28. bis 5. Im weißen Rößl. — **Deutsches Theater:** Bis 31. Der Hexer. — **Die Komödie:** Der Snob. — **Theater am Nollendorfplatz:** Bis 31. Alt-Heidelberg. Ab 1. Hoppla, wir leben! — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die Schule von Uznach. — **Komödienhaus:** Ab 1. Dybuk. — **Großes Schauspielhaus:** Ab 30. Der Mikado. — **Theater des Westens:** Die Tugendprinzessin. — **Komische Oper:** Streng verboten!!! — **Deutsches Künstler-Theater:** Du wirst mich heiraten. — **Lustspielhaus:** Café Electric. — **Lessing-Theater:** Israel. — **Theater am Kurfürstendamm:** Das bist Du. — **Trianon-Theater:** So ein Mädel (Das Extemporale). — **Theater in der Kommandantenstraße:** Ehrliche Arbeit. — **Berliner Theater:** Leonie. — **Neues Theater am Zoo:** Ab 31. Ein lustiger Thoma-Abend. — **Die Tribüne:** Ab 1. Spiel im Schloß. — **Wallner-Theater:** Ab 1. Alt-Heidelberg. — **Renaissance-Theater:** Bis 2. [illegible] und sein Gatte. Ab 3. [illegible]. — **Walhalla-Theater:** Der fröhliche Weinberg. — **Rose-Theater:** Fürstenwende. Gartenbühne: Die Frau ohne Kuß. — **Kasino-Theater:** Ihr dunkler Fleck. — **Theater in der Klosterstraße:** 28., 1., 4., 5. Raub der Sabinerinnen. 29., 30., 2. Kleine Sklavin. 3. Liebe. 31. Weibsteufel. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** Bis 1. Gräfin Mariza. Ab 2. Anneliese von Dessau. — **Theater in der Lützowstraße:** Das Mädel vom Rhein. — **Wintergarten:** Varieté. — **Scala:** Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** Stettiner Sänger. — **Theater am Kottbusser Tor:** Elite-Sänger.

Nachmittagsvorstellungen. Großes Schauspielhaus: 5. Der Mikado. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Ehrliche Arbeit. — **Rose-Theater** (Gartenbühne): Konzert und bunter Teil. — **Theater in der Klosterstraße:** 28. Liebe. 4. Kleine Sklavin. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 28. Der fidele Bauer. — **Wintergarten:** 28., 4. Varieté. — **Scala:** 28., 3., 4. Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** 28., 4. Stettiner Sänger.

Verantwortlich für Politik: **Richard Bernstein;** Wirtschaft: **A. Saternus;** Gewerkschaftsbewegung: **Friedr. Eßlorn;** Feuilleton: **K. H. Döscher;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Staats-Theater
Schauspielhaus
8 Uhr: Ein besserer Herr
Schiller-Theater
8 Uhr: Im weißen Rößl

Wer probt, der lobt!
Täglich frische Gras-
Butter 1.40
und 1.60 pro Pfund.
Wegner, Berlin 50
Mariannenstraße 34

Elektrische Anlagen
10-12 Monatsraten, ev. auch ohne Anzahlung
2 Zimmer 65.—, 3 Zimmer 80.—
4 Zimmer 100.— M. einschl. Küche, Korridor und Bad.
Vertreterbesuch und Kostenanschläge unverbindlich!
G. Joh. Reincke & Co.
Geprüfter Elektromeister
Berlin-Schöneberg, Maxstraße 6.
Stephan 6270.

Küchen
noch zum alten Preis

	ab	emailliert
„Erika"-Küchen	38 M.	70 M.
[illegible]-Küche „Anna"	70 M.	110 M.
[illegible]-Küche „Berta"	95 M.	145 M.
[illegible]-Küchen „Ida"	125 M.	170 M.
Kleiderschränke, 80 cm	38 M.	48 M.

Ausstellung feiner Rheinischer Küchen.
Küchenmöbel-Haus
Laserstein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Der gute Kapitän-Kautabak
ist in den meisten Zigarrengeschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

Arcona-Räder
1. Preis

Kaufen Sie kein Fahrrad bevor Sie das Arcona-Rad mit Blattfedergabel und das Arcona-Ballonrad gesehen haben.
Diese Räder machen das Fahren auch auf den schlechtesten Wegen zum Vergnügen.
Besichtigung und Probefahrt ohne jede Kaufverpflichtung.
Neue Spezialfahrräder mit guter Bereifung 38.- 40.- 45.-
Buntfarbige Rennmaschinen, starke Tourenräder und Damenräder 55.- 65.- 75.-
Neue Opelräder 75.-
Ständiges Lager von ca. 4000 Fahrrädern.
Fahrrad-Zubehör- u. Bestandteile, größte Auswahl zu billigsten Preisen.
Komplette Fahrrad-Rahmen 18.- 20.- 22.- 25.-
Großes Lager in Auto-, Motorrad- und Bootszubehörteilen.
Katalog nach auswärts gratis und franko.
Ernst Machnow Berlin Weinmeisterstraße 14
Größtes Fahrrad-Spezialhaus Deutschlands
Filiale: Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 46/47

Quedlinburg
die alte schöne Stadt
Kostenlose Auskunft d. Verkehrsamt.

Achtung!
Händler u. Gastwirte
Marken-Zigaretten

Saba	27.90
Kleipner	35.25
Oberst	38.90
Ein Posten 3-Pfg.-Zigaretten	15.—
Ein Posten 5-Pfg.-Zigaretten	31.—
Problem Planke	27.90
Bocari	35.25
Astor Haus	42.90
Malkah, 2-Pfg.-Zig.	15.80
Malkah, 3-Pfg.-Zig.	21.40

Versand nur gegen Nachnahme
SOMMER
Markgrafenstraße 73 und Neue Schönhauser Str. 4/5

Zu noch nie dagewesenen Preisen
bringen wir
Stores, Gardinen, Bettdecken
Künstler-Gardinen in besten Qualitäten für 5.90, 7.50, 8.90 M.
Halbstores in allen Webearten 1.75, 4.50, 5.50 8.— M.
Gardinen-Reste Stand-, Scheiben- u. Band-Fenster zum halben Preis.
— Einzelverkauf von 9—7 Uhr. —
Spezial-Gardinen-Werkstätten
Neukölln, Bergstr. 67
2. Stock. am Ringbahnhof
Kein Laden!

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren Dickmann A.-G., W 57
Wochenendhäuser — Prospekte gratis!
Wald- u. Wasserparzellen-Nachweis.